

# Wie Europas Open-Source-Versagen in die US-Abhängigkeit geführt hat

22.4.2025

---

## Selbst schuld

Wer die Dominanz von Microsoft, Google und Co beklagt, muss auch sagen, wie es dazu gekommen ist. Und dass es immer Alternativen gab. Was fehlte, war immer nur der politische Wille

22. April 2025, 05:00

Der Desktop läuft mit Windows oder MacOS. Das Smartphone mit iOS oder Android. Die Server der eigenen Firma wurden längst in die Cloud von Amazon, Microsoft oder Google ausgelagert. Von den letzten beiden werden dann auch gleich die zentralen Tools für Kommunikation und Zusammenarbeit im eigenen Betrieb bezogen.

Eine Zustandsbeschreibung, die nicht auf alle, aber doch sehr viele zutreffen mag – auch in Europa. Anders gesagt: Die Infrastruktur unseres Computeralltags wird fast zur Gänze von US-amerikanischen Firmen dominiert. Lange schien das auch niemanden zu stören, schließlich ist man eng befreundet, oder? Oder?

## Umdenken macht sich breit

Hätten diese Frage wohl die meisten in Europa vor nicht allzu langer Zeit noch mit einem klaren Ja beantwortet, ist das transatlantische Verhältnis durch zahlreiche verstörende Aktivitäten der Trump-Regierung zunehmend ins Bröckeln geraten. Eines, wo selbst den USA wohlgesinnte Personen zunehmend darüber nachdenken, ob es wirklich so schlau ist, sich in Hinblick auf die eigene Infrastruktur komplett in die Arme von Firmen zu begeben.

Dabei muss man den handelnden Firmen gar nicht einmal besonderes Misstrauen entgegenbringen oder gar böse Absichten unterstellen. Fakt ist, dass sie allein durch ihren Hauptsitz den Begehrlichkeiten einer zunehmend autoritär agierenden Regierung und deren Interessen ausgeliefert sind – und damit in letzter Konsequenz auch die Daten europäischer Kunden.

So weit der Teil, wo sich derzeit wohl viele einige sind. Also kommen wir lieber zu etwas anderem, der unangenehmen Wahrheit dahinter: Dass die aktuelle Lage so ist, wie sie ist, das hat sich Europa nämlich selbst zuzuschreiben. Sie ist die direkte Konsequenz konkreter politischer Entscheidungen, oder genauer gesagt: eines jahrelangen Versagens in diesem Bereich.

## Eine Spurensuche

Um das zu illustrieren, unternehmen wir eine kleine Zeitreise in die frühen 2000er-Jahre. Schon damals ließ die wachsende Windows-Dominanz bei vielen die Alarmglocken schrillen. Da ergab es sich gut, dass in den Jahren zuvor eine immer verlockender wirkende Alternative entstanden ist: Rund um Linux hatte die Open-Source-Bewegung Beeindruckendes geleistet. Vieles davon fraglos in einem noch recht rohen Zustand, aber gleichzeitig auch eine exzellente Grundlage für einen echten Windows-Ersatz.

Das fiel irgendwann auch so manchem ambitionierten Verantwortlichen in der öffentlichen Verwaltung auf. Das nahende Supportende von Windows NT 4 liefert dann noch weitere Motivation, sich einmal umzusehen, ob man nicht auch ohne Microsoft-Produkte auskommen könnte.

## Der Urahn aus München

Das Vorzeigeprojekt schlechthin wurde in München ersonnen. Unter dem Namen [LiMux wurde ein Linux-basierter Desktop für Behörden entwickelt](#), mit OpenOffice.org hatte man auch eine gute Alternative für Office-Aufgaben gefunden. Die Server mit Linux zu betreiben war auch damals ohnehin schon eine immer logischer scheinende Wahl. In den folgenden Jahren wurden jedenfalls tatsächlich tausende Arbeitsplatzrechner auf Linux umgestellt.

Doch schon die Entstehungsgeschichte zeigt gut, wieso es davon über die Jahre nicht mehr gegeben hat. Dass LiMux überhaupt zustande gekommen ist, lag nämlich schlicht daran, dass der damals amtierende Bürgermeister all den sehr offensiven Überredungsversuchen von Microsoft widerstanden hat. So war der damalige Microsoft-Boss Steve Ballmer persönlich nach München gereist, um einen Linux-Umstieg zu verhindern – das natürlich mit dem Angebot massiver Rabatte im Gepäck.

Doch wo die Münchner Stadtregierung damals eine strategische und aus der heutigen Perspektive vollständig richtige Entscheidung für die Unabhängigkeit der eigenen Infrastruktur traf, ließen fast alle anderen öffentlichen Verwaltungen diesen Mut vermissen. Stattdessen ergab man sich willfährig der Lobbyarbeit von Microsoft, dessen Vertreter damals eifrig von einem Land zum nächsten reisten, um jedes noch so zarte Linux-Projekt im Keim zu ersticken. Oftmals wurde die Idee einer Linux-Migration ohnehin nur genutzt, um einen Rabatt von dem Windows-Hersteller zu bekommen.

## Wienux

Erinnert sei daran, dass es auch in Wien einmal ein entsprechendes Projekt gab, das vielen im Nachgang mit gewissem Recht wohl nur noch als böser Witz in Erinnerung ist. Im Jahr 2005 gestartet, hätte es dem Vorbild von München folgen sollen, wurde aber bereits 2009 nach einer Phase der notorischen Halbherzigkeit [wieder abgebrochen](#). Begleitet wurde dies von Highlights wie jenem, dass eine [Kindergarten-Sprachsoftware in Auftrag gegeben wurde, die nur mit Microsofts Internet Explorer zusammenarbeitete](#) – und damit natürlich nicht mit Linux, für das es diesen Browser nie gab.

Wie sehr Microsoft die freie Linux-Konkurrenz damals als reale Bedrohung begriff, zeigt übrigens auch der Fortgang der Geschichte in München. So kam es irgendwann zu einem politischen Wechsel im Rathaus, in dessen Folge plötzlich – und sicher nur rein zufällig – [vermehrt von Problemen mit LiMux die Rede war](#). Dass Microsoft zwischenzeitlich die eigene Deutschlandzentrale nach München verschob, was den Steuereinnahmen zuträglich war, hatte der offiziellen Schreibweise zufolge natürlich ebenfalls nicht das Geringste damit zu tun, [dass das LiMux-Projekt nach und nach zerstört wurde](#).

## Erfolge im immer gleichen Umfeld

Unter diesem Aspekt ist es wenig überraschend, dass Linux-Projekte für die öffentliche Verwaltung immer dort am erfolgreichsten waren, wo es für Microsoft finanziell wenig zu holen gab. So gehört etwa das [LinEx-Projekt der Regionalverwaltung der spanischen Region Extremadura zu den erfolgreichsten dieser Projekte](#). Linux wurde in einer der ärmsten Regionen Europas lange im großen Stil auch in Schulen eingesetzt. Ähnliche Unterfangen gab es auch in Andalusien. Doch selbst die französische Gendarmerie wagte sich auf den Linux-Weg – in diesem Fall aber vor allem von der Motivation getragen, von einem großen US-Konzern unabhängig zu sein.

Heutzutage ist von all dem relativ wenig geblieben. Zwar hört man zuletzt immer wieder von neuen Unterfangen, ob diese erfolgreich sein werden, muss sich aber erst zeigen. So sollen etwa im deutschen [Schleswig-Holstein zehntausende Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung auf Linux umgestellt](#) werden, Details zu dem Projekt sind bisher aber rar gesät.

## Gespielte Naivität

Bleibt zunächst einmal eine recht simple Erkenntnis: Die Lobbyarbeit der Konzerne war äußerst erfolgreich, was aber auch am mangelnden Widerstand des Gegenübers lag. Der Wille der Stadtverwaltungen und Regierungen, Souveränität zu erreichen, war – freundlich gesagt – minimal und immer anderen Interessen untergeordnet. Die strategische Bedeutung war der Politik hingegen einfach nicht so wichtig.

Jetzt so zu tun, als wäre man alternativlos Microsoft, Google und Co ausgeliefert gewesen, ist also schlicht unaufrichtig. Denn auch wenn man deren aggressive Lobbying-Methoden unsympathisch finden kann: Natürlich versuchen Unternehmen alles, um ihre Dominanz zu stärken. Das ist das Wesen des Kapitalismus aktueller Ausprägung. Das nicht zu verstehen ist im besten Fall naiv. Insofern muss eines in aller Deutlichkeit festgehalten werden: Der aktuelle Zustand der digitalen Landschaft in Europa ist das Ergebnis von konkreten politischen Entscheidungen und nicht von einer gottgegebenen Dominanz irgendwelcher "böser" Konzerne, derer man sich nicht erwehren konnte.

## Zusammenarbeit

Doch auch bei jenen wenigen Projekten, die es gab, hätte vieles besser laufen können. Ein großes Problem war etwa, dass sie immer Insellösungen blieben; dass trotz all dem Teilen von Expertise und Quellcode sehr viel Arbeit unnötig gedoppelt wurde. Was dann natürlich auch Kosten und Wartungsaufwand in die Höhe treibt.

Was es also gebraucht hätte – und weiterhin bräuchte –, sind EU-weite Projekte, die aktiv Open-Source-Lösungen für öffentliche Aufgaben forcieren. Projekte, die koordiniert Alternativen für unterschiedliche Aufgabenbereiche fördern – von einzelnen Softwarebereichen bis zum vollständigen Desktop-System, dessen sich einzelne Kommunen je nach ihren Bedürfnissen bedienen können.

## Die EU ist wie gemacht für Open Source

Dass dies nicht längst passiert ist, verwundert auch deswegen, da ein solcher Open-Source-Ansatz für ein Staatenbündnis wie die EU geradezu wie gemacht zu sein scheint. Dezentralität und die Kooperation

von vielen Menschen mit unterschiedlichen Interessen gehören zu den Kernstärken freier Software. Von grundlegenden politischen Überlegungen wie jener, dass öffentliches Geld eigentlich in öffentlichem Code resultieren sollte, einmal ganz abgesehen.

Übrigens gibt es durchaus Projekte, die zumindest im Kleinen jetzt schon vorzeigen, wie es gehen könnte. So finanziert etwa das deutsche Wirtschaftsministerium seit 2022 den sogenannten [Sovereign Tech Fund](#). In dessen Rahmen werden spezifische Verbesserungen bei einer Vielzahl von Open-Source-Projekten gefördert – vom Linux-Desktop Gnome über OpenStreetMap bis zu Python haben viele freie Softwareprojekte bereits davon profitiert. All das jeweils in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projekten, damit das Geld möglichst sinnvoll investiert und der entstandene Code auch wirklich aufgenommen wird.

## **Kooperation statt Isolation**

Betont sei zudem, dass Open Source natürlich nicht Isolation heißt. Das Schöne an diesen Projekten ist, dass weltweit alle von der Weiterentwicklung profitieren. Und das heißt natürlich auch, einen Code aus den USA, China oder wo auch immer zu nutzen. Gerade Open Source ermöglicht es, global zu kooperieren, ohne sich in eine hoffnungslose Abhängigkeit zu bringen. Alle profitieren von allen.

Stattdessen ist Europa nun genau dort, wo man strategisch nie sein sollte: In der erwähnten umfassenden Abhängigkeit. Einer, die in weniger angespannten Zeiten "nur" unerfreulich sein mag, bei der es jetzt aber zunehmend naiv wirkt zu glauben, dass das nicht irgendwann ausgenutzt wird. Wäre also Zeit, den Kopf aus dem Sand zu nehmen und etwas zu ändern. Und zwar: Jetzt. (Andreas Proschofsky, 22.4.2025)